

Ein anderes 1968. Jenseits von Partei und Spontaneismus: Das Sozialistische Büro

Gottfried Oy

Kommt die Rede auf die Stellung des Sozialistischen Büros (SB) in der Zeit nach der Revolte von 1968, so werden die Formulierungen recht blumig: „unvollendetes Projekt“,¹ Organisation der „Un-Entschlossenen“,² Vereinigung der „Reformisten aller Schattierungen“,³ „diffuse Sammelbewegung“,⁴ Jenseits autobiografischer Erinnerungen, etwa von Klaus Vack, Andreas Buro, Oskar Negt oder Micha Brumlik, gibt es bis heute keine umfassende Organisationsgeschichte des SB.⁵

Weder die Publikationsgeschichte des Verlags 2000, des Verlags des SB, noch die Rezeptionsgeschichte einzelner Publikationen, noch der Werdegang der Periodika des SB, „links“, „express“ und „Widersprüche“, sind außer bei einzelnen Jahrestagen aufgearbeitet bzw. waren in den Diskussionen rund um das Phänomen „68“ Gegenstand der Debatte. Das ist insofern nachvollziehbar, als dass das SB sich nie als Organisation in den Mittelpunkt stellen wollte, seine Definition maßgeblich aus Abgrenzungen bezog und insofern auch nicht Objekt klassischer Geschichtsschreibung werden sollte, die sich von Kongress zu Tagung und von

1 Oskar Negt: Politik als Produktionsprozeß, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): „Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten.“ Für und über Klaus Vack. Klaus Vack zum 50. Geburtstag (17. Mai 1985), Sensbachtal 1985, S.51-54, hier S.53.

2 Micha Brumlik: Mein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung, München 2000, S.124.

3 N.N.: Who's left. Reformisten aller Schattierungen. Das Sozialistische Büro, in: Konkret, 1994, H. 9, S.52.

4 Margarethe Kukuck: Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1977, S.203.

5 Siehe Klaus Vack: Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen. Mehr als bibliographische Daten, weniger als eine Lebensgeschichte, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Tradition, S.151-225; Ders.: Ein weiterer Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Das andere Deutschland nach 1945 – als Pazifist, Sozialist und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland – Klaus Vack. Sensbachtal 2005, S.79-144; Andreas Buro: Geschichten aus der Friedensbewegung. Persönliches und Politisches. Von Andreas Buro gesammelt und herausgegeben für das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2005; Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995; Brumlik, Mein Weg; Gottfried Oy: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift „links. Sozialistische Zeitung“ (1969 bis 1997), Berlin 2007. Zumindest annähernd in Richtung Organisationsgeschichte geht die allerdings inzwischen dreißig Jahre alte Publikation von Kukuck, Student und Klassenkampf.

Arbeitsausschusssitzung zu Delegiertentreffen entlangehängt. Es ist allerdings überhaupt nicht nachzuvollziehen, wenn man das Besondere am SB in den Mittelpunkt stellt: Während es sowohl den antiautoritären, als auch den linkssozialistischen Aktivisten von 1968 im Kern darum ging, die Mobilisierungserfolge aus der Bewegungshochphase in die Gründung mehr oder weniger autoritär strukturierter Massenorganisationen umzumünzen, bezog sich der sogenannte Arbeitsfeldansatz des SB auf die alltäglichen Erfahrungen und Bedürfnisse der Beteiligten. Das machte es wohl auch für viele in der Zeit nach der Revolte, die biografisch oft mit der Zeit der beruflichen Orientierung zusammenfiel, so attraktiv. Nach der „Überpolitisierung“ von 1968, wie Oskar Negt es nannte,⁶ bot das SB eine gangbare Möglichkeit, Alltagsleben und politisches Engagement zu verbinden. Insofern dürfte das SB im sogenannten roten Jahrzehnt zahlreiche Biografien westdeutscher Sozialisten geprägt haben. Es legte zudem einen Grundstein für die Alternativbewegung und die neuen sozialen Bewegungen der Achtzigerjahre.

Der Gründungsprozess

Im Dezember 1968 wurde ein von Christel Beilmann, Heinz Brakemeier, Andreas Buro, Frank Deppe, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack unterzeichneter Brief an etwa 100 Multiplikatoren verschickt. Beigefügt war ein „Entwurf für eine Aufforderung, Voraussetzungen einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu organisieren“: „So wenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der formellen und informellen sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik entsprechen würden, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer gesicherten und beständigen Kommunikationsstruktur unter den Sozialisten und sozialistischen Gruppen und Clubs in der Bundesrepublik [...]. In der gegenwärtigen Situation scheint es uns möglich und dringend notwendig, zwei Instrumente einer kontinuierlichen Kommunikation zu schaffen: 1) eine allgemein zugängliche nicht auf Oppositionskonsum, sondern auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung, 2) ein zentrales, nicht als politische Führungsinstanz, sondern als „Dienstleistungsstelle“ operierendes Sozialistisches Büro“.⁷

Etwa 30 Personen, maßgeblich aus dem linkssozialistischen Spektrum und aus der Ostermarschbewegung sowie auch geprägt durch die Erfahrungen im „Kuratorium Notstand der Demokratie“ und dem „Sozialistischen Zentrum“ Frankfurt am Main, gründeten im Februar 1969 in Offenbach die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Sie verschickten im März über 20.000 Exemplare der Nullnummer

6 Siehe Oskar Negt: Interesse gegen Partei. Über Identitätsprobleme der deutschen Linken. Ein Gespräch mit Harald Wieser, in: Kursbuch, 1977, H. 48, S.175-188; Ders.: Alternative Politikformen als politische Alternative?, in: Roland Roth (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt am Main-New York 1980, S.147-178.

7 Vack, Weiterer Versuch, S.101f.

der „links. Sozialistische Zeitung“. Die Gewichtung der Arbeit im Sozialistischen Büro wurde schon daran deutlich, dass die „links“-Gründungserklärung eine ganze Zeitungsseite einnahm, während sich das SB selbst auf nur einer Drittelseite erklärte. Die „links“-Redaktion stellte dabei vier Aspekte in den Vordergrund:

- Zunächst die Positionierung zwischen SPD, DKP und Studentenbewegung.
- Wichtiges Stichwort der inhaltlichen Arbeit sei die „Selbstorganisation“ in „Betrieben, Büros, Schulen, Gemeinden und Wohngebieten“, wie es dort hieß.
- Es gehe den SBlern zudem darum, „aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer ‚reiner‘ und teils blinder Spontaneität dort herauszufinden“.
- Schließlich bot sich die „links“ selbst als ein „Instrument der besseren Kommunikation“ an – „ohne Monopolansprüche. [...] Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will“.⁸

„Für bessere Kommunikation der unabhängigen Linken“ empfahl sich das SB in der „links“-Nullnummer als Organisation, die zwischen Antiautoritären und Linkssozialisten stehe.⁹ Die SB-Gründer sprachen von „zwei politisch-organisatorischen Einstellungen“: „Die einen machen Spontaneität zum Mythos und lehnen jede beständige Form der Kooperation ab. Die anderen flüchten aus der Enttäuschung über die Schwierigkeiten der ‚Selbstorganisation‘ in die nur scheinbar rettenden Arme traditioneller Organisationsvorstellungen“.¹⁰ Das SB selbst sollte als eine Art Dienstleister auftreten: „Das Sozialistische Büro will (ohne Monopolanspruch und ohne Anspruch auf Endgültigkeit) eine bessere Kommunikation unter unabhängigen Sozialisten und ihren verschiedenen Gruppierungen entwickeln, Material sammeln, reproduzieren, anbieten, verteilen und damit zur größeren Effektivität der Linken beitragen“.¹¹

Trotz aller Offenheit gab es aber auch deutliche Abgrenzungen, etwa gegenüber der rechten SPD, gegenüber Deutscher Friedensunion (DFU) und DKP sowie gegenüber vermeintlichen „Mogelpackung“-Bündnissen wie der Aktion demokratischer Fortschritt (AdF), die mit Wolfgang Abendroth immerhin ein prominentes linkssozialistisches Mitglied aufweisen konnte – eine Abgrenzung, die Heiner Halberstadt in einem Artikel vornahm. Die „links“-Rubrik „modelle“ diente der Vorstellung von Basisgruppen. So wurde der im März 1968 gegründete Sozialistische Lehrerbund (SLB) vorgestellt, dessen Kernüberlegungen zentrale Gedanken des späteren Arbeitsfeldansatzes des SB aufgriffen:

8 links, 1969, H. 0, S.2.

9 Ebenda. S.3.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

- Es gebe eine Unzufriedenheit über „abweichend-politische Freizeittätigkeit und die Anpassung und Untätigkeit am konkreten sozialen Ort des Berufs“: „Der viele Genossen belastende Gegensatz zwischen dem ‚linken Bewußtsein‘ meist privater Zirkel und dem ‚rechten Sein‘ angepaßter beruflicher Tätigkeit mußte somit zwangsläufig zu dem Versuch führen, speziell für den Berufsbe- reich eine politische Organisation zu schaffen“ – auch als Linksoption zur Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gedacht.
- „Eine bestimmte Berufsrolle im kapitalistischen System übernehmen [...] und gleichzeitig nicht auf politisch-verändernde Arbeit zu verzichten durch Rück- zug auf private Freizeitpolitik erfordert die Ausfächerung ganz bestimmter, niemals ‚reiner‘ Aktions- und Arbeitsformen, die der objektiven Doppexistenz unter den bestehenden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen entspre- chen“.¹²

Der Sozialistische Lehrerbund vereinbarte auf Initiative von Herbert Stuben- rauch eine Kooperation mit dem SB. Gemeinsam gaben SLB und SB den „In- formationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes“, später „Informationsdienst Arbeitsfeld Schule“ heraus. Der Grundstein für den sogenannten Arbeitsfeldan- satz des SB, Linke in ihrem beruflichen Umfeld zu organisieren und ihnen ein Podium zu bieten, war gelegt. Mit den „Thesen zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern“, die auf einer SLB Arbeitstagung im Januar 1972 vor 650 Teilnehmern zur Diskussion gestellt und in „links“¹³ dokumentiert wurden, sowie dem in „links“ veröffentlichten „Aufruf zur überregionalen Organisation im sozialistischen Lehrerbund (SLB) und im Sozialistischen Büro“¹⁴ orientierte sich das SB in seiner Gründungsphase stark am Bildungssektor – mit dem SLB als der ersten „arbeitende Einheit an der Basis“¹⁵ und dem SB als überregional koordinierender Kraft.

Im den „Thesen“ des SLB hieß es einleitend, dass „weder ‚Chancengleichheit‘, ‚optimale Förderung jedes einzelnen Schülers‘ noch ‚Demokratisierung der Schule‘ und grundsätzliche ‚Curriculumrevision‘ beim Fortbestand des kapitalistischen Systems in der öffentlichen Schule zu verwirklichen sind“.¹⁶ Es ginge deshalb darum, sich den Widersprüchen im Bildungswesen zu widmen und die Schwach- stellen einer nach kapitalistischen Kriterien orientierten Schule zu benennen: „Die exakte, detaillierte, bildungsökonomische Analyse der Widersprüche im Erziehungssektor durch weitere intensive theoretische (Schulungs-)Arbeit an den Schulen und Universitäten wissenschaftlich voranzutreiben, ist eine der wichtigs- ten Aufgaben aller Genossen im Schulwesen.“¹⁷

12 Ebenda. S.28f.

13 Siehe links, 1972, H. 31, S.23f.

14 Siehe links, 1972, H. 37, S. 20f.

15 Ebenda, S.20.

16 links, 1972, H. 31, S.23.

17 Ebenda.

Auch darüber, was ein sozialistischer Lehrer an seinem Arbeitsplatz machen könne, gab es sehr genaue Vorstellungen: „Erschütterung des Legitimationsverständnisses der heranwachsenden Generation mit dem bestehenden System“, „Abbau der autoritären Charakterstrukturen“, „Aufbau von kognitiven, emotionalen, affektiven und politisch-handlungsrelevanten Fähigkeiten, das bestehende System als Klassensystem zu begreifen, in marxistischen und gesellschaftlichen Kategorien denken zu lernen und die Kenntnisse und Mittel zu erwerben, die es jedem Heranwachsenden erlauben, sowohl in der vorhandenen Gesellschaft halbwegs ‚glücklich‘ zu bestehen, als auch an ihrer Umgestaltung aktiv mitzuwirken.“¹⁸ Zudem sollten sozialistische Lehrer Lernmethoden praktizieren, „die die Selbstbestimmung in den Lerngruppen ermöglichen, autoritäre Charakterstrukturen abbauen helfen und politisch handlungsfähig machen“¹⁹. Auch eine „intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit mit den Eltern“ wäre erforderlich, allerdings nicht in Konkurrenz zur Gewerkschaft, sondern in Anerkennung der GEW als „größte und politisch relevanteste Organisation der Lehrerschaft“.²⁰ Eine andere, für die Vorgeschichte des SB zentrale Organisation, die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, stellte Andreas Buro vor. Von inneren Widersprüchen einer Sammelbewegung gekennzeichnet, stand die Kampagne zum Ende der Sechzigerjahre vor dem Problem, ihre Einheit erhalten zu wollen, um aktionsfähig zu bleiben, und andererseits Friedenspolitik auch inhaltlich vorantreiben zu wollen, was wiederum auf Kosten der Übereinstimmung der Bewegung ging. Die politische Situation hatte sich, so Buro, zudem grundlegend verändert. Die Forderung nach Abrüstung und Verständigung mit dem Osten allein trage nicht mehr, die Hoffnung auf einen „Lern- und Annäherungsprozeß“ der Linken habe sich zerschlagen. Die Studentenbewegung strebe die offene Konfrontation mit der Staatsmacht an, die Kommunisten arbeiteten an einer parlamentarischer Alternative, der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR habe zudem die politischen Koordinaten umgewälzt: „Infolgedessen steht die Kampagne für Demokratie und Abrüstung seit einem Jahr im Zeichen wachsender Schwäche. Sie kann die auseinanderstrebenden Kräfte nicht mehr zusammenhalten. Antiautoritäre Studenten und DKP, kritische Christen und unabhängige Sozialisten suchen heute ihr Schwergewicht in eigenen Aktionen.“²¹ In der Nummer 1 vom Juni 1969 waren erste Reaktion auf das Erscheinen von „links“ zusammengefasst. Sowohl Antiautoritäre als auch Kommunisten standen dem Projekt kritisch gegenüber, was die „links“ zu einer Abgrenzung nach allen Seiten trieb: „Wir meinen: Wer die KPdSU, die SED oder die DKP kritisiert, ist deshalb nicht Anti-Kommunist, ist nicht einmal unbedingt Nicht-Kommunist; wer Autoritätsansprüche sich antiautoritär verstehender Gruppen kritisiert, ist

18 Ebenda.

19 Ebenda.

20 Ebenda.

21 links, 1969, H. 0, S.31.

deshalb nicht autoritär, und wer für liberale Verfahrensweisen in der linken Diskussion eintritt, ist deshalb noch kein Liberalist.“²²

Schon in dieser Nummer 1 war die Rubrik „modelle“ auf mehrere Seiten angewachsen. Es wurden Projekte wie eine Mieter-Interessengemeinschaft, der Republikanische Club Hameln, Kritische Mediziner und der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit vorgestellt. Die zweite Ausgabe enthielt die Stellungnahme des Republikanischen Club Berlins zu dem von ihm ausgerufenen publizistischen Boykott der „links“ sowie die Replik der „links“-Redaktion. Hier zeigten sich deutlich Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über die antiautoritären Bewegung – moniert wurden vom Republikanischen Club zwei Beiträge von Hans Günter Helms und Wolfgang P. Streek. Der Vorwurf gegen die „links“ war, dass eine oberflächliche Kritik an den Antiautoritären lediglich als Abgrenzungsfolie diene, um den eigenen „dritten Weg“ und die „diffuse pluralistische Konzeption“ rechtfertigen zu können. Aus der antiautoritären Bewegung seien sehr wohl Strömungen erwachsen, die sich über das Verhältnis von Spontaneität und Organisation Gedanken machen würden. Der vermeintliche „links“-Pluralismus entpuppe sich als anti-antiautoritär. Die „links“-Redaktion stützte sich in der Stellungnahme zum Boykott auf ihren Pluralismus; die Strategiediskussion habe schließlich Jörg Huffs Schmid vom Republikanischen Club Berlin in der Nullnummer eröffnet. Zugleich kämpften die SBler jedoch merklich mit ihrem Ostermarsch-Image: „Tatsächlich besteht die Herausgebergruppe von ‚links‘ überwiegend aus Leuten, die seit langem theoretisch und praktisch als unabhängige Sozialisten arbeiten und die von dieser Position aus in der Ostermarschbewegung mitgearbeitet haben.“

In einer „links“-Extraausgabe zu den Bundestagswahlen 1969 findet sich ein Kommentar von Arno Klönne, der als SPD-Aufruf missverstanden wurde, weil Klönne der Brandt-Regierung durchaus positive Aspekte abgewinnen konnte. Wie Klaus Vack erwähnt, hatte das SB von da an den Ruf, „fünftes Rad“ der SPD zu sein.²³ Die alte linkssozialistische Strategie, in die Sozialdemokratie hineinwirken zu wollen, leistete dem auch Vorschub. Immer wieder gab es Initiativen, sozialdemokratische Regierungspolitik zu beeinflussen bzw. inhaltlich Impulse zu setzen. Ein erster erfolgreicher Versuch in dieser Richtung war die vom SB in „links“ (H. 5) initiierten Amnestiekampagnen für alle, die wegen geringer Demonstrationsdelikte während der studentischen Protestbewegung um 1968 strafrechtlich belangt wurden – die Regierung Brandt sollte sich die Amnestie schließlich in ihr eigenes Brevier schreiben.

Die Auflage der „links“ lag 1969 bei 8.000, davon 2.250 Abonnements. Als Zielvorstellung wurden 3.000 bis 3.500 Abonnements angestrebt. Die „links“-Redaktion bestand aus Christel Beilmann und Arno Klönne und war von 1969 bis 1971 in Bochum angesiedelt, während die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro von Anfang an in Offenbach lokalisiert war.

22 links, 1969, H. 1, S.2.

23 Siehe Vack, Versuch, S.197.

Als Reaktion auf die Septemberstreiks 1969 gründete sich 1970 ein Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft, der unter der Herausgeberschaft des SB die „Sozialistische Betriebskorrespondenz“ – „von Kollegen für Kollegen“ – monatlich herausgab.²⁴ Die „Sozialistische Betriebskorrespondenz“ fusionierte 1972 mit dem bereits zehn Jahre erscheinenden „express international“.²⁵ Die neue Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit hieß „express“, sie erscheint seit Dezember 1972 bis heute. Die Zahlen über die „links“-Auflage in dieser Zeit differieren stark. Während in „links“ von einer 8.000er-Auflage bei 2.700 Abonnements die Rede war, sprach Klaus Vack in seinen Erinnerungen von einer 6.000er-Auflage und 3.000 Abonnements.²⁶

Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Arbeit im SB in den Anfangsjahren war die kritische Sozialarbeit. Auf dem 4. Deutschen Jugendhilfetag im Mai 1970 in Nürnberg protestierte eine Gruppe mit dem Namen Sozialistische Aktion Jugendhilfetag gegen die staatliche Indienstnahme der Sozialarbeit als befriedend und integrierend.²⁷ Über diese Protestaktionen entstand ein enger Kontakt des SB zur „Sozialpädagogischen Korrespondenz“ in Berlin. Die Sozialistische Aktion beschrieb ihre Proteste auf dem Jugendhilfetag in „links“: „Durch gezielte Analysen und Agitation sollte den über 2.000 Teilnehmern gezeigt werden, wie die politische Lage der Kinder und Jugendlichen und ihrer Erzieher in der Bundesrepublik wirklich aussieht. Das heißt: daß unter kapitalistischen Bedingungen Sozialarbeit und Jugendpflege immer nur integrative, symptom behebende Funktion, nicht aber verändernde, die Ursachen beseitigende Funktion haben kann.“²⁸ Aus der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag ging schließlich der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) hervor, der sich im SB organisierte und den „Informationsdienst Sozialarbeit“ ins Leben rief.

Das Sozialistische Büro hatte sich zu Beginn der Siebzigerjahre insbesondere über die publizistische Aktivität als „links“-Herausgeber etabliert. Die „links“ wurde, wenn auch kurzzeitig boykottiert, als Organ der Linken jenseits verschiedener Strömungen akzeptiert. Die hohen, zum Teil fünfstelligen Auflagen künden von einer großen Verbreitung. Mit dem Sozialistischen Lehrerbund, dem Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit und dem Schwerpunkt Betrieb und Gewerkschaft waren die Eckpunkte der Arbeit im SB in den nächsten Jahren gesetzt.

Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

Im November 1970 fand die erste große Versammlung des Sozialistischen Büros statt, auf der ein Thesenpapier von Andreas Buro diskutiert wurde, das Grundlage für die 1971 veröffentlichten Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro werden sollte. Es ging um die Formierung einer Bewegung für eine neue sozialis-

24 Siehe links, 1970, H. 8, S.23.

25 Siehe links, 1972, H. 39, S.3.

26 Siehe Vack, Versuch, S.112.

27 Siehe links, 1970, H. 12, S.15-17.

28 Ebenda, S.15f.

tische Linke in der Bundesrepublik, gleichzeitig auch um eine Absage an Parteikonzepte. Die Thesen gaben eine Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und der internationalen Nachkriegsentwicklung. Sie betonten, dass eine sozialistische Bewegung insbesondere die Entwicklung neuer Organisationsformen vorantreiben müsse, „die den Beherrschten emanzipative Lernprozesse und reale Machtentfaltung in ihren unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereichen gestatte[n]“.²⁹ Gegen den gewerkschaftlichen Slogan von der Mitbestimmung wurde das Ziel der Selbstbestimmung gesetzt.

Bei der Beschreibung der politischen Situation in der Bundesrepublik der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde der Schwerpunkt auf die Integration in das System gelegt. Der Antikommunismus als ein zentrales Element der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Westeuropas hätte nur im Zusammenhang mit der ökonomischen Prosperität und der Steigerung des militärischen Potentials der USA Fuß fassen können. Keiner sozialistischen Kraft wäre es, wie es in den Thesen hieß, in dieser Situation gelungen, „überzeugende Alternativen“³⁰ zu sozialdemokratischen oder stalinistischen Herrschaftsmodellen zu entwickeln. Das SB wolle die Partnerschaftsideologie von verschiedenen Seiten angreifen: Einmal ginge es um „die Zerstörung der Legitimationsideologien des Kapitalismus“ und zum anderen um die „Entwicklung sozialistischer Alternativen“³¹. Dabei wurde in den Thesen immer wieder die Selbstorganisation in den Vordergrund gestellt. Bezugnehmend auf die Marxschen Feuerbachthesen war davon die Rede, dass „die Massen selbst und nicht eine ihnen gegenüberstehende ‚Elite‘“³² den Kampf führen müssten. Aus dieser Strategie ergäben sich, so das Sozialistische Büro, drei Hauptaufgaben einer sozialistischen Bewegung:

- Das Aufbrechen von Widersprüchen im Kapitalismus zur kritischen Bildungsarbeit nutzen.
- Neue Strukturen politischer Arbeit schaffen, gemeinsame Ziele definieren und eine Gegenmacht schaffen.
- Eine Kooperation sozialistischer Kräfte auf europäischer Ebene anstreben.

Da das SB in den Thesen eindeutig den Schwerpunkt auf die Selbstorganisation der Massen setzte, war es notwendig, das Verhältnis zu bestehenden Institutionen zu bestimmen. Die parlamentarische Ebene lehnte das SB ab, da dort „unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen die emanzipativen Interessen der Lohnabhängigen [...] nicht vertreten“³³ würden. Ein Kampf um eine parlamentarische Vertretung von Sozialisten könne erst dann Sinn machen, wenn es eine historische Phase einer „politischen Massenaktivierung“ gebe, was Anfang der Siebzigerjahre nicht der Fall sei.

29 Sozialistisches Büro (Hrsg.): Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Offenbach 1971, S.25.

30 Ebenda, S.7.

31 Ebenda.

32 Ebenda.

33 Ebenda.

Aber nicht nur gegenüber den Parteien, auch gegenüber den Gewerkschaften sei eine kritische Distanz angebracht. In der politischen Arbeit der Gewerkschaften zeige sich eindeutig die Schwäche der Partnerschaftsideologie des Wohlfahrtsstaates. Auf der einen Seite werde bewusst verzichtet, Lohnabhängige zu mobilisieren, und versucht, Arbeitskonflikte zu entpolitisieren, auf der anderen Seite beruhe die große Macht der Gewerkschaftsapparate im Sozialstaat weiterhin auf der Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen. Insofern untergruben die Gewerkschaften mit ihrem Kurs ihre eigene Stellung. Eine sozialistische Strategie, die dem Gewerkschaftskurs entgegenstehe, wäre stattdessen eine Aktivierung und Organisierung der Lohnabhängigen, die deren Selbsttätigkeit in den Mittelpunkt stellen würde. Zwar empfahl das SB in seinen Thesen grundsätzlich, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten, sah die eigene Organisation aber auch als notwendige Rückzugsmöglichkeit angesichts der „Feindseligkeiten der Apparate“³⁴. Dem Verhältnis zu sozialistischen Staaten war ebenfalls ein Abschnitt in den Thesen gewidmet. Das bildete insofern ein zentrales Thema, da es schon im Vorfeld der SB-Gründung einige Auseinandersetzungen innerhalb der Neuen Linken angesichts des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR gegeben hatte. Das SB betonte in den Thesen die Doppeldeutigkeit der weltpolitischen Rolle der sozialistischen Staaten: Einerseits setze ihre Existenz den Kapitalismus unter Legitimationszwang, andererseits sei der Stalinismus zugleich zur Vorlage für den Antikommunismus geworden. Insofern verstand sich das SB auch als Unterstützer einer sozialistischen Opposition innerhalb sozialistischer Staaten.

Die Bestandsaufnahme der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik, ebenfalls ein eigener Abschnitt in den Thesen, unterschied sich nicht wesentlich von früheren Stellungnahmen des SB. Einerseits wurden sowohl DKP, verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, K-Gruppen und lokale Basisgruppen zur Bewegung gerechnet, andererseits gab es allerdings auch deutliche Abgrenzung, insbesondere zum organisierten Kommunismus.

Der Abschnitt zur Organisationsfrage in den Thesen leitete schließlich zur Rolle, die sich das SB selbst zuschrieb, über. Eine mögliche Organisation könne nur auf die Selbstorganisation der Beherrschten aufbauen, ein zutiefst antiautoritäres Moment, das sich immer wieder in den Beschreibungen des SB fand: „Ein Bewußtsein von der eigenen Lage und den Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung kann von den Beherrschten nur durch Selbstorganisation entwickelt werden. Sozialistische Organisationen haben daher die Funktion der strategischen und taktischen Koordination sowie der ständigen theoretischen Reflexion und Vermittlung.“³⁵ Als Kerngruppen des SB hatten sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Thesen Arbeiter-, Lehrlings-, Lehrer-, Sozialarbeiter-, Bildungsarbeiter-, studentische, Ausländer- und Dritte-Welt-Gruppen, wie interna-

34 Ebenda, S.26.

35 Ebenda, S.31.

tionale Solidaritätskampagnen, und vom SB koordinierte punktuelle Kampagnen herausgebildet. Zu dieser Selbstdarstellung ist einschränkend hinzuzufügen, dass es weit mehr Mitglieder aus dem Bildungsbereich als Arbeiter und Lehrlinge waren, die die SB-Arbeit mitbestimmten. Trotz aller Kritik an vereinnahmenden Institutionen strebte das SB einen „Prozeß der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik“ an. Es sollte auf „gemeinsam festgesetzte Ziele“ hingearbeitet werden. Taktiken und Strategien seien abzustimmen. Das SB verstand sich als das organisatorische Dach, unter dem dieser Findungsprozess stattfinden könne.³⁶

Der Solidaritätskongress: Am Beispiel Angela Davis

Über das Angela-Davis-Solidaritätskomitee, das aus dem Frankfurter Freundeskreis von Angela Davis – Davis hatte ab dem Wintersemester 1965/66 für vier Semester unter anderem bei Oskar Negt an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt studiert und war Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) –,³⁷ hervorging, entstand ein intensiver Kontakt zum anfänglichen SB-Kritiker Oskar Negt.³⁸

Der Solidaritätskongress „Am Beispiel Angela Davis“ – unterstützt von den Jungdemokraten, dem Bund Deutscher Pfadfinder, der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, den Jungsozialisten in der SPD und dem Deutschen Bundesjugendring³⁹ – im Juni 1972 in Frankfurt am Main mit über 10.000 Teilnehmern und zahlreichen berühmten Kundgebungsrednern und Referenten wie Herbert Marcuse, Wolfgang Abendroth und Ernest Mandel führte zu einem Ansturm auf das SB. Zwei Taschenbücher des SB im Fischer-Verlag, der Tagungsband und ein Sammelband mit „links“-Artikeln, erreichten fünfstellige Auflagen.⁴⁰ Oskar Negt grenzte sich auf dem Kongress, der unter dem unmittelbaren Eindruck der sogenannten Mai-Offensive der RAF stattfand, von jeder Form der Solidarität mit bewaffneten Gruppen ab. Das war bemerkenswert, da Angela Davis' Verhaftung und ihre Anklage im Kontext der Repression gegen

³⁶ Siehe ebenda, S.26.

³⁷ Angela Davis: Materialien zur Rassenjustiz, Neuwied-Berlin 1972, S.246.

³⁸ Klaus Vack bezeichnet Oskar Negt, der trotz universitärer Laufbahn, die ihn vom frühen SB-Klientel unterscheidet, ähnlich wie die SB-Gründer eine in die Fünfzigerjahre zurückreichende linkssozialistische, gewerkschaftsorientierte politische Sozialisation durchlief, zwar als SB-Kritiker, Negt selbst erwähnt hingegen, dass er mit Vack mehr oder weniger die Idee zur SB Gründung im Gespräch entwickelt hätte. Siehe Vack, Weiterer Versuch, S.115; Negt, Produktionsprozeß, S.52.

³⁹ Siehe Kongressaufruf in: links, 1972, H. 32, S.5.

⁴⁰ Siehe Angela Davis Solidaritätskomitee (Hrsg.): Am Beispiel Angela Davis. Der Kongress in Frankfurt. Reden, Referate, Diskussionsprotokolle. Frankfurt/Main 1972; Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt/Main 1973.

die Black Panther Party for Self Defense, einer – in Teilen zumindest – ebenfalls bewaffnet agierenden Gruppierung, stand.⁴¹

Die Angela-Davis-Solidaritätskampagne war aber nicht nur wegen ihres Erfolges für das SB maßgeblich, sie stand auch für einen spezifischen Schnittpunkt verschiedener politischer Aktionsfelder des SB: der Antirepressionsarbeit und des Internationalismus, sowie, darüber hinausgehend, der Thematisierung der spezifischen rassistischen Aspekte der Repression gegen die Emanzipationsbewegung der Afroamerikaner in den USA.

Oskar Negt fasste die Positionen des „Angela Davis Solidaritätskomitees“ in einem Beitrag für einen Sammelband mit Texten Angela Davis' zusammen. Ihre Verhaftung stehe für eine „staatlich sanktionierte Gewalt gegen die schwarze Emanzipationsbewegung“.⁴² Sehr heftig war die Kritik an der US-amerikanischen Justiz. Gegen Davis, die in ihrer besonderen Rolle zur Stellvertreterin des Kampfes um Emanzipation werde, richteten sich, so Negt, „die terroristischen Methoden einer präventiven Gegenrevolution, die in Vietnam in großem Maßstab erprobt und in der Strategie der ‚automatisierten Schlachtfelder‘ auf ihre barbarischen Konsequenzen gebracht sind“.⁴³ Es ginge dabei um die Bekämpfung „einer antikapitalistischen Alternative im Innern der amerikanischen Gesellschaft, – eine Alternative, die von den herrschenden Klassen der Vereinigten Staaten nicht einmal auf dem Boden anderer Länder toleriert wird“.⁴⁴

Interessant ist, dass der Weg der sich radikalisierenden Black Panther Party for Self Defense durchaus sympathisierend beschrieben wurde. Nach Negts Ansicht völlig konsequent, ergebe sich aus der Orientierung an den sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt eine Abkehr von einer an der ausgehöhlten Rechtsordnung der USA angelehnten Politik. Während eine solche Entwicklung gerade bei bewaffneten Gruppen in der Bundesrepublik heftig kritisiert wurde, schien sie in Negts Augen für die politische Situation in den USA angemessen. Heftig wehrte sich Negt dagegen, dass Davis' radikale Bezugnahme für den afroamerikanischen Emanzipationskampf mit Terrorismus gleichzusetzen sei: „In zahlreichen Gesprächen mit amerikanischen und deutschen Journalisten über den Studienaufenthalt von Angela Davis in Frankfurt, den sie alle offenbar für einen entscheidenden Entwicklungsabschnitt ihres Lebens hielten, wurde mir stereotyp die Frage gestellt, ob sich schon hier in ihrem Denken Anzeichen einer Wendung zum Terrorismus gezeigt hätten. [...] Während es für Angela Davis gerade die Aufopferung ihrer Persönlichkeit gewesen wäre, sich der Wirklichkeit des Emanzipationskampfes der Schwarzen im Interesse ihrer individuellen Karriere zu entziehen, wird ihr die ausgetrocknete Rationalität des Kapitalinteresses als Maßstab eines realitätsgerechten und vernünftigen Lebens vorgehalten.“⁴⁵

41 Siehe links, 1972, H. 35, S.15-17.

42 Oskar Negt: Das Recht wird kriminell, in: Davis, Rassenjustiz, S.370-386, hier S.373.

43 Ebenda.

44 Ebenda, S.374.

45 Ebenda, S.382f.

Das Thema Gewalt bekam plötzlich eine ganz andere Wendung, wenn von den USA und nicht von der Bundesrepublik die Rede war: „Alle Gewaltaktionen der amerikanischen Linken zusammengenommen, wobei unberücksichtigt bleiben soll, wie viel davon auf kollektiver oder individueller Notwehr beruhen, wiegen nicht die Gewalt eines einzigen B-52-Einsatzes auf, der in eklatantem Verstoß gegen Völkerrechtsnormen, ja gegen die Nürnberger Gesetze Menschenleben in Vietnam vernichtet.“⁴⁶

Interessant am Kongress „Am Beispiel Angela Davis“ war nicht nur die eindeutige Parteinahme zugunsten von ihren politischen Aktivitäten, die nicht nur hinsichtlich der Militanz, sondern auch zur Organisationsfrage und im Verhältnis zu den sozialistischen Staaten eindeutig den Positionen des SB widersprachen. Das SB vertrat zwar die Position, dass Solidarität auch Linken gelte, deren Ansichten man nicht teile. Allerdings wurden in solchen Fällen, wie etwa bei den späteren RAF-Prozessen, diese Unterschiede dann auch deutlich betont.

Der Kongress erhielt seine Bedeutung, da er weit über das Spektrum der Linkssozialisten und Ostermarschierer zu mobilisieren vermochte. Allein schon die Namen der prominenten Redner, Diskussions- und Arbeitsgruppenleiter vom streng an verfassungsrechtlichen Normen orientierten Wolfgang Abendroth über den Trotzlisten Ernest Mandel bis hin zur Antimperialistin Brigitte Heinrich zeugten vom übergreifenden Charakter der Veranstaltung.

Klaus Vack schätzte ein, dass der Kongress Ausdruck einer „Vereinheitlichungsbewegung“ der verschiedensten sozialistischen Basisgruppen gewesen sei. Er nahm zudem viele Teilnehmer von Basisgruppen aus ländlichen Regionen wahr, die sich vom Besuch des Kongresses eine Anbindung an eine sozialistische Organisation versprochen, ohne ihre selbstständige Arbeit in ihrer Gruppe vor Ort aufgeben zu wollen. Auch die Gruppen beteiligter traditioneller Jugendverbände hätten sich sehr offen gegenüber dem vom SB angebotenen Organisationsmodell gezeigt. Eindeutig hingegen sei die Abgrenzung gegenüber „dogmatischen und abenteuerlichen“ Strategien linker Gruppierungen gewesen. Vack sah das Konzept des SB bestätigt und erklärte ihn zu einer Art ersten öffentlichen Manifestation der Basisgruppen: „Der Angela Davis Kongreß war eine Dokumentation dafür, daß Gruppen, die bisher (fast) nicht in der Öffentlichkeit auftraten (wie Basis- und Stadtteilarbeitsgruppen von Lehrlingen, Studenten, Schülern, der Jungarbeiter, Sozialarbeiter, Lehrer, Bürgerinitiativen etc.), existieren und, ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen und denen der Massen, neue Organisationsformen suchen und bilden.“⁴⁷

Die vielen prominenten Redner, die hohe Teilnehmerzahl und Negts Rede gegen den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik als eine der ersten Reaktionen auf die Mai-Offensive der RAF aus linken Kreisen ließen auch den „Spiegel“ aufmerksam werden. In einem Interview versuchte Negt das Organisationsmodell des SB zu verdeutlichen: „Die Neue Linke muß [...] neue Organisationsfor-

46 Ebenda, S.384f.

47 Vack, Versuch, S.216.

men bilden, und zwar, und das ist das Wichtigste, von unten ausgehend, von der spontanen, autonomen Organisation der Interessen ganz spezifischer Gruppen. [...] Diese Gruppen wollen nicht bloß Direktiven von oben realisieren; sie wollen keine vorfabrizierten Konzepte, die mit ihren eigenen Erfahrungen nichts zu tun haben; sie suchen nach theoretischen Anleitungen für ihre Alltagspraxis.“⁴⁸ Er betonte, dass ein solches Organisationsmodell der marxistischen Theorie keineswegs widerspreche, sondern aus ihr erwachse, weil der Marxismus gerade die Selbsterfahrung der Menschen aufgreife um sie zu politisieren und zu strukturieren: „[...] genau wie die Marxsche und die Leninsche Theorie es tatsächlich waren, Anleitungen zum Handeln [...] und zum Begreifen des Handelns in bestimmten Situationen.“⁴⁹ Insofern war das Basisgruppenkonzept auch weniger anarchistisch, denn rätendemokratisch. Es ginge, so Negt, einfach darum, festzuhalten, dass Politik nicht irgend etwas Abgehobenes sei, sondern ein kollektives Handeln, das auf die Erfahrungen und Interessen des Einzelnen aufbaue.

Organisierung nach Interessen

Im Oktober 1972 hielt Oskar Negt auf einer SB-Tagung vor 200 Zuhörern sein berühmtes Referat „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren“. Es präzierte frühere Überlegungen und sollte das weitere organisatorische Selbstverständnis des SB prägen.⁵⁰ Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen sollten im Mittelpunkt eines Organisationskonzeptes stehen, das die bislang nur lose in Kontakt befindlichen Basisgruppen enger zusammenfassen sollte. Das SB, so Negt, „kann sich in der gegenwärtigen Phase nur als Organisator eines Produktionszusammenhangs verstehen“⁵¹. Historisch gesehen, gehe es dabei um die Überwindung der Trennung von Interessen und Politik, einer Trennung, der sich auch die Organisationen der Arbeiterbewegung unterworfen hätten.

Negt plädierte für eine Organisationsdebatte, die sich aus den Erfahrungen der Protestbewegung speiste. Als Beispiel griff er den SDS als Organisation auf, aus der sozialistische Kader für eine Bewegung, die sich auf Gruppen der Intelligenz stütze, hervorgingen. Dem SDS gelänge es aber nicht, den politisch-organisatorischen Zusammenhalt dieser Bewegung zu gewährleisten. Deshalb bildeten sich informelle Kader, Vollversammlungen, Republikanische Clubs, Kommunikationszentren als „Formen der spontanen Selbstorganisation einer Bewegung, in

48 Oskar Negt: „Spielt nicht mit der Legalität“. Professor Oskar Negt über die Reorganisation der Linken, in: Der Spiegel, 1972, H. 25, S.128-133, hier S.131.

49 Ebenda. S.132.

50 Siehe links, 1972, H. 39, S.9-11. Dieser Text ist in zahlreichen Sammelbänden wieder veröffentlicht, u. a. in Sozialistisches Büro (Hrsg.), Für eine neue sozialistische Linke, S.216-226; und Oskar Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt/Mai 1976, S.300-312. Wolfgang Kraushaar widmet dem Referat in seiner Chronik der Studentenbewegung sogar einen eigenen Eintrag. Siehe Wolfgang Kraushaar: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 3 Bde., Hamburg 1998, Bd. 1, S.525.

51 links, 1972, H. 39, S.11.

der es vor allem auch um die Emanzipation des einzelnen, um die Bewußtwerdung seiner Interessen und Bedürfnisse, um das Zerbrechen der verinnerlichten und der äußerlichen Gewalt des Systems ging“⁵².

Nach dem Ende des SDS sollte nun nicht eine neue Organisation entstehen. Negt schwebte eher eine Art zusammenfassende und organisatorisch stabilisierende Sammelbewegung vor, die eine Art „überfraktionelles Bewußtsein“⁵³ entwickle. Eine solche neue Gruppe müsse die Zusammenfassung und Politisierung der Interessen und Bedürfnisse der Einzelnen versuchen und zugleich die Zersplitterung und Konkurrenz, denen die Einzelinteressen im Kapitalismus permanent ausgesetzt seien, überwinden. Einem solchen Organisationsmodell entspreche das Selbstverständnis des SB, nämlich Organisator eines „Produktionszusammenhangs“ zu sein, in den verstreut und zum Teil lokal begrenzt arbeitende Basisgruppen einbezogen werden. Das entspreche dem Gedanken der Räte – Räte verstanden als „spontane Organisationsformen der Massen“ –, einer Konzeption, die schon von der antiautoritären Fraktion im SDS aufgegriffen wurde.⁵⁴

Demokratie als Lebensform

Am Ende der Siebzigerjahre überschritt das SB schließlich, nach einem sehr erfolgreichen Kongress 1976 und dem Rückzug der linkssozialistischen Gründergeneration, seinen Popularitätszenit. Die aufkommende Alternativbewegung und neue soziale Bewegungen stützten sich zwar anfangs noch stark auf die organisationspolitischen Überlegungen und Konzepte des SB. Die sozialistischen Aspekte gerieten jedoch immer mehr in den Hintergrund. Die ökonomische und schließlich auch inhaltliche Krise nach den weltpolitischen Umbrüchen in den Neunzigerjahren führte schließlich zum Ende der Zeitschrift „links“, dem Kernprojekt des SB.⁵⁵

Die Erfahrungen, die rund um den Versuch der Selbstorganisation im SB gemacht wurden, gehören zum Erbe der Neuen Linken. Dass Oskar Negt in der Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung von der „Demokratie als Lebensform“ sprechen kann und die mühsamen, alltäglichen Lernprozesse als Kern einer Erziehung zur Demokratie beschreibt – ohne dabei allerdings das SB zu erwähnen,⁵⁶ ist sicher auch als Erfolg der Arbeit des SB in der Folge von 1968 zu werten. Ein Erfolg, der allerdings durchaus ambivalent zu betrachten ist, ging es doch 1968 auch um eine grundsätzliche Kritik am Staat und der Vereinnahmung kritischer Impulse. Eine „Demokratie als Lebensform“ beinhaltet insofern

52 Ebenda, S.10.

53 Ebenda.

54 Siehe ebenda, S.11.

55 Zu den weiteren hier nur angedeuteten Entwicklungen siehe Oy, Spurensuche, S.51-81.

56 Siehe Oskar Negt: Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2008, Nr. 14-15, S.3-8.

auch ein systemüberwindendes Moment. Nur davon spricht heute niemand mehr.

Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft

veranstaltet

– in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), Berlin –

16./17. Januar 2009 in Berlin

ihre 16. wissenschaftliche Konferenz.

Einleitende Referate:

- Prof. Dr. Narihiko Ito (Japan): Rosa Luxemburgs Sozialismus-Konzept
- Dr. Evelin Wittich (Deutschland): Die Förderung der Rosa-Luxemburg-Rezeption in der Auslandsarbeit der RLS

Weitere Themen:

- Der politische Hintergrund der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (Klaus Gietinger, Deutschland)

Zur Zusammenarbeit Rosa Luxemburgs mit anderen Revolutionären (zugesagt bzw. angefragt):

- Karl Liebknecht (Annelies Laschitza, Deutschland)
- Leo Jogiches (Feliks Tych, Polen)
- Ernst Meyer (Florian Wilde, Deutschland)
- Karl Radek (Jean-François Fayet, Schweiz)
- Wladimir I. Lenin (Alexander Vatlin, Russland)

Veranstaltungsort:

Auditorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Deutschland

Konferenzsprachen: Deutsch, Englisch

Kosten: Teilnehmergebühren werden nicht erhoben. Prinzipiell tragen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Reise- und Übernachtungskosten selbst. Auf Wunsch sind die Veranstalter gerne bei der Vermittlung einer preiswerten Unterkunft in der Nähe der Konferenzstätte behilflich.

Anmeldung der Teilnahme bei

Prof. Dr. Narihiko Ito

1-12-12 Omachi

Kamakura-City

Japan 428

Tel./Fax: xx81/467/22-7554

E-Mail: ito-lux248@nifty.com

Ottokar Luban

Eisenacher Str. 43

D-10823 Berlin

Deutschland

Tel./Fax: 0049 30 781 72 68

E-Mail: oluban@gmx.de